

SOLIDARISCH



DIE RECHTE IN BUNDESBERN IST AUSSER RAND UND BAND: Die bürgerliche Mehrheit setzt scheinbar kleine Steuergeschenke für Reiche und Grosskonzerne durch. Gleichzeitig treibt sie den Rentenabbau voran: Zuerst mit Rentenalter 65 für die Frauen, dann für alle.

Rauf mit den AHV-Renten!



Christine Goll,
Präsidentin SP60+

Die AHV hat ein geniales Finanzierungssystem. Beiträge bezahlen wir alle. Dabei gibt es keine Lohnobergrenze, und auch Vermögende werden zur Kasse gebeten. Kaum zu glauben, aber Tatsache: Einkommensstarke oder auch sehr vermögende AHV-Pflichtige gelangen immer wieder an die Ausgleichskassen. Sie möchten keine Beiträge mehr bezahlen. Im Gegenzug würden sie auf die Rente verzichten. «Der Millionär braucht die AHV nicht, aber die AHV braucht den Millionär.» Das gilt immer noch und ist der wahre Grund, warum diejenigen, die die Interessen der Privilegierten vertreten, die AHV schlecht reden und demontieren wollen.

Die politische Rechte entlarvt sich selbst: Sie fordert Rentenabbau für alle, entlastet aber mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer ausschliesslich Kapitaleigentümer und Vermögende. Weitere Steuerprivilegien für Reiche sind bereits in der Pipe-

line. Den Preis bezahlt die grosse Mehrheit der Bevölkerung.

Rentenalter-Erhöhungen bedeuten immer Rentenabbau. Die Vorlage «AHV 21» will das Frauenrentenalter 65 einführen. Konkret bedeutet dies Rentenkürzungen von jährlich 1200 Franken für die Frauen. Wer die Erhöhung des Frauenrentenalters für ein Gleichstellungsprojekt hält, schneidet sich ins eigene Fleisch. Die Initiative von rechts für Rentenalter 67 ist bereits deponiert. Die ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmende und die gesundheitlichen Voraussetzungen werden dabei ausgeblendet. Menschen mit wenig Ausbildung und tiefen Löhnen sterben im Schnitt fünf bis zehn Jahre früher als Wohlhabende.

Rente im freien Fall

Länger arbeiten und mehr bezahlen, nur um im Alter tiefere Renten zu beziehen: Das ist das erklärte Ziel der Banken- und Versiche-

rungslobby für die zweite Säule. Dort sind die Renten seit über einem Jahrzehnt im freien Fall. Die soeben publizierte Neurentenstatistik des Bundes bestätigt den verheerenden Rentenzersfall und die miserable Rentensituation der Frauen. Die mittlere Pensionskassen-Rente von Frauen ist heute nur etwa halb so hoch wie diejenige der Männer. Die Erosion der Renten in der beruflichen Vorsorge trifft aber alle Versicherten: Seit 2015 ist die mittlere Pensionskassenrente um 135 Franken pro Monat (7,5 Prozent) gesunken, obwohl es den Kassen finanziell besser geht: Die durchschnittliche Rendite betrug im letzten Jahr über 8 Prozent. Die Hälfte der Frauen, die 2020 pensioniert wurden, erhält eine monatliche Rente von weniger als 1167 Franken. Fast ein

Drittel der Frauen hat jedoch gar keine Rente aus der zweiten Säule.

Für eine AHV mit existenzsichernden Renten

Das Rentenniveau von Frauen und Männern in der ersten Säule ist gleich hoch: Die durchschnittliche AHV-Rente beträgt heute 1800 Franken im Monat. Diese erfreuliche Entwicklung verdanken wir nicht zuletzt der Einführung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Die AHV ist die einzige Sozialversicherung, die unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit wie beispielsweise die Betreuung von Kindern oder Angehörigen berücksichtigt. Jede vierte Rentnerin kann im Alter nur auf die AHV zählen. Doch vom AHV-Einkommen allein kann niemand leben. Doppelt

so viele Frauen wie Männer beziehen heute Ergänzungsleistungen, um über die Runden zu kommen.

Für Frauen gibt es mehrere Rentenfallen: Lohndiskriminierung, Übervertretung in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche von Müttern, Teilzeitarbeit sowie der Koordinationsabzug in der zweiten Säule führen zu tieferen Renten im Alter. Das faktische Rentenalter ist heute bereits tiefer als das gesetzliche. Gerade Frauen steigen früher aus dem Erwerbsleben aus, um Betreuungsaufgaben für Enkelkinder oder pflegebedürftige Angehörige zu übernehmen. Die hauptsächlich von Frauen geschulterte Gratisarbeit hat einen hohen Wert, aber auch einen hohen Preis: In Franken gerechnet, geht es um Betreuungsaufgaben im Wert von 248 Milliarden Franken im Jahr, während

die Rentenlücke der Frauen gegenüber den Männern rund einen Drittel beträgt.

Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens. Die notwendige Zusatzfinanzierung wurde in dieser Revision auf 0,4 Mehrwertsteuer-Prozente zusammengekratzt. Weitere Leistungskürzungen gehören zum Plan der Bürgerlichen, denn die nächste AHV-Revision ist bereits in fünf Jahren fällig.

Verhindern wir jetzt die Aushöhlung unseres wichtigsten Sozialwerks! Mehr noch: Setzen wir uns offensiv für den Ausbau der AHV mit existenzsichernden Renten ein!

Jetzt das Referendum gegen
«AHV 21» unterschreiben:
ahv-referendum.ch

Ohne globale Gerechtigkeit kein Ende der Pandemie

Solange sich die Länder des globalen Südens den Impfstoff nicht leisten können, wird es weitere Mutationen des Virus geben. Wären die Patente temporär ausgesetzt worden, hätte ein grosser Teil der Weltbevölkerung mit Impfstoff versorgt werden können.



Fabian Molina, Nationalrat ZH und Co-Präsident von SWISSAID

Im Oktober 2020 beantragten Südafrika und Indien bei der Welthandelsorganisation in Genf, die Patente auf Corona-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie freizugeben. Begründung: Wenn nicht alle Menschen auf unserem Planeten rasch gegen COVID-19 immunisiert werden, drohen neue Mutationen und damit eine Verlängerung der Pandemie.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Virusvariante Omikron zuerst in Süd-

afrika entdeckt wurde. Die westlichen Industrieländer und damit auch die Schweiz hätten es in der Hand gehabt, diese Mutation zu vermeiden, wenn sie das Ziel einer globalen, solidarischen Pandemie-Bekämpfung priorisiert hätten. Der Antrag von Südafrika und Indien, der von weit über 100 Staaten unterstützt wird, fordert die temporäre Aufhebung der Rechte am geistigen Eigentum für Corona-Therapeutika (TRIPS-Abkommen). Damit hätten neben den grossen Pharmakonzernen auch weitere Hersteller:innen die Produktion anwerfen können. So wäre der Impfstoff global zugänglich gemacht worden.

Doch der Bundesrat lehnte die Forderung nach Aufhebung der Patente ab. Valable Alternativen präsentiert er allerdings nicht. Vielmehr konzentriert er sich darauf, die nationale Impfkampagne voranzutreiben, was zwar richtig

und wichtig, in einer globalen Krise aber auch ungerecht und kurzfristig ist. Denn ein Ende der Pandemie können wir nur herbeiführen, wenn wir sicherstellen, dass weltweit alle Menschen Zugang zur Impfung haben. Nur eine möglichst flächendeckende globale Immunität gegen das Covid-19-Virus wird uns allen die notwendige Sicherheit bringen.

Wo weniger als 3 Prozent der Menschen geimpft sind

Ein Blick in die Statistiken zeigt: Es ist nicht verwunderlich, dass sich viele Staaten erneut dazu gezwungen sehen, einschneidende Massnahmen gegen das Virus zu ergreifen. In Sambia sind beispielsweise nur 7,6 Prozent der Menschen doppelt geimpft, in Mali sogar nur 2,8 Prozent, während in den Vereinigten Arabischen Emiraten praktisch alle geimpft sind. Die Impfquoten

widerspiegeln die strukturellen Ungleichheiten in der Welt. Schlimmer noch: Die Art und Weise der Pandemie-Bekämpfung vergrössert diese Ungleichheiten zusätzlich.

Was gilt es also zu tun? Damit das Virus nicht immer wieder in Form von neuen Mutationen auftaucht, braucht es eine auf internationaler Ebene koordinierte Pandemie-Strategie, die den globalen Süden miteinbezieht. Eine Öffnung der Patente auf Impfstoffe, deutlich höhere Beiträge an die globale Impfallianz Covax und das Ende des Vakzin-Hamsterns durch reiche Staaten sind dabei wichtige Elemente.

Die Impfquoten widerspiegeln die strukturellen Ungleichheiten in der Welt.



DIE SP LANCIERT DIE KITA-INITIATIVE – ein wichtiges Puzzlestück auf dem Weg zu mehr Gleichstellung. Wir fordern gute und bezahlbare Kinderbetreuung für alle sowie bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas.

Für Gleichstellung braucht es

Ob Wunsch oder Notwendigkeit: Für viele Eltern ist es wichtig, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Diese Vereinbarkeit ist auch ein entscheidender Faktor für mehr Gleichstellung. Denn noch immer stecken Frauen zugunsten von Kindern und Familie beruflich zurück und arbeiten häufig Teilzeit. Das schlägt sich im Portemonnaie nieder: Mütter leisten viel und verdienen wenig. Bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder leisten darum einen wichtigen Beitrag zu mehr Gleichstellung.



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

Familien haben längst nicht überall Zugang zu Betreuungsplätzen. Und oft sind diese teuer. Die Kosten dafür tragen meistens die Eltern. Die öffentliche Hand wendet gerade mal 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die frühkindliche Betreuung auf. Ein Bericht der eidgenössischen Kommission für Familienfragen belegt, dass die Schweiz in dieser Hinsicht anderen Ländern weit hinterherhinkt.

Die Preise für Betreuungsplätze unterscheiden sich von Gemeinde zu Gemeinde und von Kanton zu Kanton deutlich und sind teilweise sehr hoch, wie eine Studie der Credit Suisse belegt. Eltern mit hohem Einkommen zahlen in Zürich beispielsweise 130 Franken pro Tag, während sie in Bellinzona mit 70 Franken zur Kasse gebeten werden. Wer schlecht verdient, zahlt in Genf 5 Franken pro Tag, im Kanton Schwyz hingegen rund 80 Fran-

ken. Beides ist ungünstig: Für Paare mit guter Ausbildung entstehen negative Erwerbsanreize: Warum arbeiten gehen, wenn der Lohn sofort für Krippe und Steuern weggeht? Und Menschen mit tiefem Einkommen verzichten ebenfalls aus finanziellen Gründen auf die Kita. Meist bleiben dafür die Frauen zuhause. Dabei zeigen Studien, dass frühe Bildung und Förderung die Chancengleichheit verbessern und damit allen dienen, auch den Kindern.

Es ist für Eltern zentral, ihre Kinder in guten Händen zu wissen. Kinderbetreuung ist eine anspruchsvolle und anstrengende Aufgabe. Und es ist eine Schande, dass diese – wie auch andere Betreuungsaufgaben – unserer Gesellschaft so wenig wert ist. Eine ausgebildete Fachfrau Betreuung verdient rund 4600 Franken pro Monat, weniger als eine Praktikantin im Investment Banking bei der UBS.

Wie in anderen «Frauenberufen» mangelt es an Anerkennung und Respekt. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, sodass sich mehr Menschen für eine Ausbildung in diesem Bereich begeistern lassen. Die Arbeitsbedingungen sind ausserdem für die Betreuungsqualität ein zentraler Faktor. Eine Kita muss über genügend Ressourcen verfügen, um gute Qualität bei Betreuung und Bildung gewährleisten zu können. Doch heute sind viele Kitas unterfinanziert. Das hat sich in der Pandemie einmal mehr gezeigt.

So viel sollte uns Qualität wert sein

Die Betreuung in einer Kita kann sich positiv auf die sprachliche, kognitive und soziale Entwicklung und damit auf die spätere Schulleistung der Kinder auswirken. Das belegt das Forschungsinstitut Infrac in einer Auswertung verschiedener Studien. Diese po-



Gleichstellung braucht Kita- Plätze



Sammelstart März 2022

Kita-Plätze

sitiven Auswirkungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Qualität der Kita. Investieren wir in die Qualität, so investieren wir in die Zukunft: Qualität sorgt für mehr Chancengleichheit und bessere Bildungschancen für benachteiligte Kinder. Und: Kinder brauchen Kinder. Das gemeinsame Spielen und Aufwachsen ist eine Bereicherung.

Auch Arbeitgeber fordern Verbesserungen

Handlungsbedarf besteht auch in den Augen des Arbeitgeberverbands. In einem Positionspapier fordert er: «Bund, Kantone, Städte und Gemeinden stehen im Vorschulbereich in der Pflicht, die Attraktivität von Drittbetreuungsangeboten in finanzieller Hinsicht zu verbessern.»

Die SP verlangt nun mit einer Kita-Initiative, dass den Worten endlich Taten folgen. Die Kita-Initiative fordert konkret:

1. Jedes Kind hat Anspruch auf einen frei wählbaren Betreuungsplatz.
2. Die Kantone sind verpflichtet, ein ausreichendes, qualitativ hochstehendes Angebot an familienergänzender Betreuung zu schaffen, und zwar für den frühkindlichen Bereich ebenso wie für den schulergänzenden.
3. Die Betreuungskosten dürfen zehn Prozent des Familieneinkommens nicht überschreiten. Die Betreuungstarife sind nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abgestuft.
4. Die Arbeitsbedingungen und die Löhne des Personals müssen verbessert werden.

Wir sind überzeugt, dass die Kita-Initiative gute Chancen hat und wir damit endlich für mehr Gleichstellung sorgen können.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31 000 deutsch, 9000 französisch. Total: 40 000. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

SP

Klimakonferenz: Die Uhr tickt

VIELE SP-MITGLIEDER UND SYMPATHISANT:INNEN wollten von Simonetta Sommaruga an einem Online-Meeting aus erster Hand erfahren, wie die kleine Schweizer Delegation es geschafft hatte, an der Klimakonferenz von Glasgow (COP26) ihren Einfluss geltend zu machen. Sie wurden nicht enttäuscht: Die Bundesrätin und der Delegationsleiter Franz Perrez ermöglichten einen seltenen Blick hinter die Kulissen und erklärten, wie man mit 197 Staaten verhandelt und standhaft Nein sagt. Sophie Glaser

An einem Mittwochabend, Ende Januar, kurz vor 19 Uhr: Die ersten Gäste trudeln ein, auf den Bildschirmen herrscht ein Gedränge, die Teilnehmer:innen sind gespannt. Sie wollen in einem Online-Meeting gemeinsam mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Franz Perrez, dem Schweizer Delegationsleiter am Klimagipfel, auf die COP26 zurückzublicken. Bereits bei der Anmeldung konnten sie Fragen stellen, etwa ob die COP26 ein Erfolg war?

Die Schweizer Delegation war mit hohen Erwartungen an die Klimakonferenz gereist: Das 1,5-Grad-Ziel musste erreichbar bleiben sowie die Umweltintegrität und die Menschenrechte sichergestellt werden. Ausserdem stand die Abschaffung der Doppelzählung von Emissionseinsparungen im Fokus. «Alles in allem sind diese Ziele erreicht worden»,

fasste Franz Perrez die Klimakonferenz zusammen.

Dringend: neues CO₂-Gesetz

«Es ist nicht immer einfach zu akzeptieren, dass Klimapolitik oft in sehr kleinen Schritten vorangeht», sagte Simonetta Sommaruga. Etwa als der Ausstieg aus der Kohleenergie («phase out») an der COP26 in letzter Minute zu einem «phase down» herabgestuft wurde. Indien und China hatten dies ultimativ verlangt und so die Schlussklärung blockiert, denn die beiden Länder decken den Grossteil ihres Strombedarfs noch immer mit Energie aus Kohlekraftwerken.

«Die Uhr tickt, auch in der Schweiz», betonte Simonetta Sommaruga. «Nach dem gescheiterten CO₂-Gesetz im Juni ist es jetzt extrem wichtig, rasch ein Gesetz zu erarbeiten, mit dem wir die für

2030 gesetzten Klimaziele erreichen können.»

Neben offiziellen Gesprächen und Debatten wurden an der Klimakonferenz viele informelle Kontakte geknüpft. Franz Perrez betonte deren Wichtigkeit. Er organisierte beispielsweise ein Mittagessen mit wichtigen Delegationschef:innen. «Ist man sich fachlich nicht einig, ist es umso wichtiger, auf einer persönlichen Ebene ausserhalb der offiziellen Position zu diskutieren», so Perrez.

Druckversuche

An informellen Treffen wurden Positionen abgeglichen oder auch mit harten Bandagen gekämpft, wie Simonetta Sommaruga anhand dreier Druckversuche gewisse Länder schilderte. Doch die Schweizer Delegation liess sich auch zu später Stunde nicht auseinanderdividieren oder gar ein-

schüchtern und schaffte es, ihre Position durchzubringen.

Ausblick – was steht an?

An der COP26 verpflichteten sich die Staaten, bis zur nächsten Klimakonferenz ihre Ziele und Massnahmepläne zu überarbeiten und zu verstärken. Diese wird im November 2022 in Sharm El-Sheikh in Ägypten stattfinden. Die Vorbereitungen laufen bereits, die Schweizer Delegation war Mitte Januar für eine Woche vor Ort. «Nach der COP ist vor der COP», sagte Franz Perrez.

Die Diskussion lässt sich hier nachverfolgen: facebook.com/spschweiz/videos

Der Anlass wurde von der Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung unter der Leitung von Nationalrätin Gabriela Suter organisiert. Wer sich in der Kommission einbringen möchte, ist herzlich willkommen und kann sich bei claudia.alpiger@spschweiz.ch melden.

WIE WEITER NACH DER COP26?



SP

WERTE WEITERGEBEN



Leitfaden für Erbe und Legat

Mit Beispiel zu einem Vorsorgeauftrag und Information über die Patientenverfügung



Bestellen Sie den
Testament-Ratgeber
«Werte weitergeben»
per Telefon: 031 329 69 87
oder E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch
Mehr Infos: www.spschweiz.ch/erbschaften